

Laibacher Zeitung.

Nr. 235.

Bränumerationspreis: Im Compteir ganz-
st. 11, halbj. st. 5.50. Für die Ausstellung ins Haus
halbj. 50 fr. Mit der Post ganz. st. 15, halbj. st. 7.50.

Samstag, 12. Oktober

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 fr.,
st. 80 fr., 8m. 1 st.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr.,
st. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichneten Diplome dem wirklichen geheimen Rathe und commandierenden Generalen zu Ugram, Feldmarschall-Lieutenant Anton Ritter Mollinary von Monte Pastello als Ritter des Ordens der eisernen Krone erster Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Freiherrnstand allernädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 4. Oktober d. J. den Director der Kunstabademie in Prag Joseph Mathias Trenkwald zum ordentlichen Professor an der Spezialschule für Kunstmalerie an der Akademie der bildenden Künste in Wien allernädigst zu ernennen geruht.

Stremayr m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Bur Action der Reichsraths-Delegation.

Die öffentliche Meinung fährt fort, die Action der Delegation des österreichischen Reichsrathes beziehungsweise die Beschlüsse des Budgetausschusses leider nicht im günstigsten Lichte näher zu beleuchten. Die „R. k. Pr.“ forderte die verfassungstreuen Delegierten noch in der zwölften Stunde auf, die nichts weniger als verlockende Eventualität in Erwägung zu ziehen, daß die Regierung einen entscheidenden Erfolg gegen den Kern der Verfassungspartei erringen müßte, und glaubt, daß die obschwebenden Differenzpunkte keinesfalls von solcher Wichtigkeit seien, um einer derartigen Eventualität und ihren Consequenzen unbekümmert entgegenzuschreiten. Wäre ein wichtiges principielles Recht zu vertreten, dann könnte ein ähnliches Vorgehen in der öffentlichen Meinung Billigung finden. Ein solcher Fall sei jedoch nicht vorhanden. Nicht um ein unveräußerliches Recht, sondern lediglich um eine Opportunitätsfrage handle es sich, bei der die Wahl, welche die österreichischen Delegierten treffen müssen, nicht zweifelhaft sein könne.

Die „Tagespresse“ bedauerte, die Vorgänge im Budgetausschusse, fürchtete indes nicht für den schließlichen Erfolg, eine Meinung, welcher sich auch das „Fremdenblatt“ anschließt, welches hofft, daß die allseitig ausgesprochene Mahnung zu einem objectiven und vorsichtigen, das politische Moment wohl berücksichtigenden Vorgehen bei den Delegierten werde gewürdigt werden und man sonach zu der Annahme berechtigt sei, daß die Reichsraths-Delegation, ohne daß es zu einer gemeinsamen Abstimmung beider Delegationen komme, durch ihre besonnene und alle Umstände und Consequenzen berücksichtigende Entscheidung die obschwebenden Differenzen beseitigen werde.

Ebenso sprach das „Neue Fremdenblatt“ die Hoffnung aus, daß die österreichische Delegation die Consequenzen der Beschlüsse ihres Budgetausschusses erwägen und die auf den erhöhten Präsenzstand bezüglichen, durch die Finanzlage Österreichs leineswegs gebotenen Abstriche am Heeresbudget nicht sanctionieren werde.

Auch die „Bohemia“ beleuchtet die infolge der Vorgänge in der Reichsraths-Delegation geschaffene Situation mit nachfolgenden Worten: „Die Wichtigkeit der Situation drückt sich zur Genüge in der schon signalisierten Reise der drei Minister Auersperg, Lasser und Preiss nach Pest aus, und kann man schon daraus schließen, welchen Werth die Regierung darauf zu legen scheint, daß die dem Kriegsbudget günstigen Beschlüsse nicht auf Kosten des politischen Einflusses der Verfassungspartei gefaßt werden. Wie man hier wissen will, hat besonders Graf Andrássy den letzteren Standpunkt den österreichischen Delegierten gegenüber eingehend entwickelt, jedoch ohne sonderlichen Erfolg, da von dieser Seite immer das Argument ins Tressen geführt wird, die geringere Ziffer bilde kein Vertrauens- oder Misstrauensvotum, sondern repräsentiere ausschließlich die als notwendig erkannten Summen. Diese Einwendung hat gewiß ihre volle Berechtigung, nur hätten die Delegierten doch nicht übersehen dürfen, daß die drei Ministerien nach der schon von ihnen im hohen Grade vorgenommenen Reduction des Budgets sich für den auch von ihnen als unerlässlich erkannten Rest solidarisch engagieren, mithin ein Abstrich in einem dieser wesentlichen Posten als ein vollgültiges Misstrauensvotum, als eine Art Desaveu des ihnen politisch homogenen Ministeriums

erscheinen müßt. Die ungarische Delegation ist sich ihrer politischen Stellung zum Ministerium von Hayn bewußt geblieben und hat ihr vielleicht mehr als notwendig Rechnung getragen. Ob auch die Verfassungspartei in der österreichischen Delegation? Diese Frage wird die Plenarberatung des Kriegsbudgets lösen müssen und mit ihr steht auch die Reise der Minister gewiß im Zusammenhange, denn an der Beförderung des Mehrerfordernisses ist nicht zu zweifeln, der Rothaner der gemeinsamen Sitzung wird dem Kriegsminister zu seinen hohen Summen verhelfen, allein die Verfassungspartei in der Delegation wird es verantworten müssen, wenn der österreichischen Reichshälfte dann blos die Lasten zufallen, die politischen Vortheile einer solchen Situation jedoch dem Conglomerat verfassungsgegnerischer Elemente zu Theil werden.“

Bum Budget pro 1873.

Nach Eröffnung der Plenarstung der österreichischen Delegierten — d. i. — erhielt Dr. Gisela das Wort, um als General-Berichterstatter über das Budget der Landwehr die Generaldebatte einzuleiten. Das Militärbudget — sagte er — zeigt seit Jahren ein namhaftes Anschwellen. Im Jahre 1869 belief sich auf Grundlage des neuen Wehrgesetzes der Truppenstand auf 215.000, heute auf 251.000 Mann, ohne Grenzer. Im Jahre 1869 wurden im Ordinarium bewilligt 68.3 Millionen, im Jahre 1870 70.4 Millionen, 1871 76.4 Millionen, 1872 79.2 Millionen und heuer werden 86 Millionen begehr. Als die Regierung das Wehrgesetz einbrachte, hatte die Kriegsverwaltung entweder nicht den Überblick über die Consequenzen oder forderte stückweise, weil sie nicht wagte, mit so riesigen Ansforderungen zu kommen. Die Hochschägung der Armee ist das durchgreifende Gefühl sämtlicher Delegierten. Man betrachtet sie nicht als notwendiges Uebel, sondern als gleichberechtigtes Organ im Staatsministerium. (So lautet der wahrscheinlich durch den Telegraphen irrig gemeldete Ausdruck. „Corr. Bur.“) Der Ausschuß hat daher alles bewilligt, was dem Manne zugutekommt, fühle sich aber verpflichtet, unbegründete Anforderungen zurückzuweisen. Je rücksichtsloser früher in den Sack der Steuerträger gegriffen wurde, desto sparsamer müsse man jetzt sein. Als das Wehrgesetz verathen wurde, sind 80½ Millionen in Aussicht gestellt worden; jetzt werden 85 Millionen, also um 5 Millionen mehr beantragt. Der Redner schlägt schließlich vor, die zwei principiellen Fragen, die des erhöhten Präsenzstandes und der Gagenerhöhung, vorerst zu debattieren. Erne erklärt, im Interesse der Aufrechthaltung der Machtstellung Österreichs für die Regierungsziffern zu stimmen. Die wachsenden Buwürfnisse zwischen den österreichischen Völkern selbst, die Politik Preußens, die unter dem Banner der deutschen Nationalität und der deutschen Einheit für Österreich von Tag zu Tag gefährlicher wird, so wie die panslavistischen Bestrebungen Russlands, welche die Ausrichtung einer slavischen Universalmonarchie zum Ziele haben, dürfen die Aufgabe der österreichischen Armee für die nächste Zukunft sehr schwierig machen. Darum müsse jeder Patriot für die Regierungsanträge votieren.

Breitels wies auf das Kriegsbudget des Jahres 1869 mit 74 Millionen hin, dem gegenüber das Budget für 1873 eine Steigerung von 23 Millionen aufweist. Es sei keine dringende Notwendigkeit vorhanden, auf die Erhöhung in diesem Maße einzugehen, da eine imminente Kriegsgefahr heute viel weniger als vor vier Jahren vorhanden und die politische Situation gegenüber jener von 1868 durchaus nicht verschlechtert ist. Das Budget Eisleithaniens sei noch immer kein defizitloses und die finanziellen Kräfte des Staates rechtfertigen die Abstriche des Ausschusses. Sei einmal unsere Finanzlage geordnet, dann werden wir eine Macht und Stärke erlangen in unseren Beziehungen nach außen, die viel größer sei als jene, die durch Mehrauslagen im Militärbudget erzielt werde. (Beifall.) Im letzten Kriege wurde auf unsere schlechte Lage gerechnet. Erne's Ausführungen seien nicht am Platze, da sie innere Angelegenheiten betreffen. Uebrigens sei eine Unzufriedenheit, die durch die Billigung von acht Millionen beseitigt werden könnte, nicht zu fürchten. Redner empfiehlt nochmals die Ausschlußanträge.

Figuly erklärt, auf dem Standpunkte der Regierung zu stehen, und wenn er dennoch Abstriche befürwortet, so geschehe dies nicht aus Opposition gegen die Regierung, deren politische Tendenzen er vollkommen

billige, sondern aus Opportunitätsrücksichten. Man müsse die Erfahrung, die Geschichte und die gegenwärtigen Verhältnisse bei dieser Frage zu Rate ziehen. Redner weist ziffermäßig nach, daß die Erfahrung für seine Anschaulungen spreche.

Greuter sagte: Die gegenwärtige Frage werde gelöst durch die Beantwortung der Frage, ob die von der Regierung verlangten Opfer nicht blos im Interesse der Regierung, sondern auch im Interesse des Volkes gelegen seien. Darüber seien nun die Meinungen getheilt. Die *salus reipublicae* verlange, daß man durch eine starke Armee die Existenz des Staates sicherstelle. Man brauche nicht blos Soldaten für den Krieg, sondern auch für den Sieg. Die Bevölkerung werde dadurch am meisten geschont, wenn man gut geschulte Truppen dem Feinde gegenüber stellt. Der friedliche Hintergrund gebe keine unbedingten Garantien für die Zukunft. Die Logik der vollendeten Thatsachen gehe heutzutage vor dem Rechte. Während man vor einigen Tagen dem Ministerium ein Vertrauensvotum gab, wolle man demselben heute gar keinen Glauben schenken. Der Kriegsminister möge in Hinkunft seine Forderungen unter dem Titel „Dispositionsfonds“ vom Minister des Neuherrn beanspruchen lassen und alles werde bewilligt werden. Nebst einer starken Armee brauche man auch eine begeisterungsfähige; daher sei die Schonung der religiösen und nationalen Überzeugung notwendig. Redner schließt mit der Erklärung, für die Regierungsanträge stimmen zu wollen.

Delz sagte: Man müsse allerdings mit Geld, aber auch mit Knochen und Blut der Steuerträger ökonomisch versorgen. Eine starke Armee sei unbedingt notwendig, zumal in unserer Zeit, wo Beratung aller Autorität eingerissen ist. Wenn Österreich heute als *Reconvalescent* bezeichnet werde, so müsse man demselben nicht nur Stärkungsmittel geben, sondern ihn auch vor neuen Wunden schützen, auf daß er nicht wieder in eine tödliche Krankheit versalle. Redner votiert für die Regierungsanträge.

Der Berichterstatter Dr. Gisela erklärte, keiner der Redner gegen den Ausschlußantrag habe eine sachliche Rechtfertigung der Mehrerigenz der Regierung vorgebracht; er wolle in eine politische Debatte jetzt nicht eingehen, da nicht der Zeitpunkt dazu da ist.

In der Specialdebatte beantragte Gablenz, das Erfordernis für die dauernde Erhöhung des Präsenzstandes im Frieden bei der Infanterie und den Jägertruppen um 28.760 Mann zu bewilligen.

Rechbauer bekämpft unter Weißfall der Linken die Präsenzstand-Erhöhung vom militärischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Standpunkte und hält dieselbe der politischen Constellation noch für durchaus nicht zu treffend. Er sagt: Mit der geforderten Mehrlast von vier Millionen sei es nicht abgelhan. Die 28.760 Mann brauchen auch Kasernen und diese kosteten allein mindestens 25 Millionen, die nach und nach gefordert würden. Ferner würde dadurch eine Arbeitskraft von 28.000 jungen Männern der Volkswirtschaft entzogen, jetzt, in einer Zeit, wo allseitig so empfindlicher Mangel an Arbeitskraft fühlbar ist. Bei den jetzigen politischen Constellationen liege nicht das mindeste Bedürfnis nach einer Erhöhung des Präsenzstandes vor. Redner beruft sich schließlich auf die große Verantwortung eines Volksvertreters und erklärt, im vollen Bewußtsein seiner Pflicht gegen die Billigung zu stimmen.

HBM. Hartung hält sich als Fachmann in militärischen Dingen verpflichtet, vom militärischen Standpunkte aus die Wichtigkeit der Erhöhung des Präsenzstandes zu betonen und für diese entschieden einzutreten, da die derzeitige kurze Präsenzzeit unbedingt für unzulänglich zu halten sei. Auch sei die Berufung auf eine Überlastung der Steuerträger nicht zutreffend, da ein allseitiger Wohlstand bemerkbar sei und übrigens das für das Militär verwendete Geld wieder ins Volk zurückkehre.

Herbst widerlegte zunächst einige von den Rednern für die Regierungsanträge vorgebrachte Gründe. Wenn man blos bewillige, was der Kriegsminister als Fachmann fordere, so sei die Delegation ganz überflüssig. Die Gründe der Regierung für die Erhöhung des Präsenzstandes seien:

1. Ungerechtigkeit betrifft der bieenden gegenüber den beurlaubten Soldaten.
2. Vergleich des Präsenzstandes Österreichs mit jenem anderer Länder.
3. Ungenügende Ausbildung des Heeres.

Der erste Grund habe eine communistische Färbung.

Eine absolute Gleichheit sei unmöglich; übrigens werde die Gerechtigkeit nicht dadurch hergestellt, daß es allen gleich schlecht gehe, sondern vielmehr dadurch, daß es allen gleich gehe. Der Vergleich mit dem Auslande sei kein schlagernder Grund, da zwischen der gesetzlichen Präsenz-Dienstpflicht und der factischen Präsenzzeit ein wesentlicher Unterschied obwolle; endlich falle der jetztgenannte Grund nicht in die Wagschale, da das Verhältnis der abgerichteten Mannschaft zur nicht abgerichteten ein sehr günstiges ist. Die finanzielle Seite der Frage betreffend, sei für die eiselenhischen Delegierten eine Erklärung des diesseitigen Finanzministers maßgebend und charakterisiere die finanzielle Lage der westlichen Reichshälfte, wonach die drückende, ungerechte, unzweckmäßige Inseratensteuer nicht aufgehoben werden könne, da das Ertragnis derselben von 30.000 fl. unsere Finanzen nicht entbehren können. Österreich sei finanziell nicht reconvalescent, sondern noch schwer krank und sei noch von zwei schweren Krankheiten: Deficit und Balatafrage, nicht geheilt. Redner schließt mit einem Blick auf die Bedeutung des Institutes der Delegationen, dem keine historische Grundlage innewohnt, und befürwortet unter dem Beifalle der Linken die Ausschlußanträge.

Nach einer persönlichen Bemerkung Greuters beantragte Fürst Carlos Auersperg den Schluß der Sitzung. Der Antrag wurde bei namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 26 Stimmen verworfen. Fürst Carlos Auersperg erhielt sodann das Wort und befürwortete die Bewilligung der Präsenzstands-Erhöhung aus einem dreifachen Gesichtspunkte; einmal, weil dieselbe gesetzlich ist, da im Wehrgezege eine dreijährige Präsenzzeit in Aussicht genommen wurde; sodann vom finanziellen Standpunkte, da der österreichische Finanzminister in der bekannt gewordenen Solidarität der drei Regierungen seine Zustimmung hierzu gegeben habe; endlich, weil die Delegation der Politik des Ministers des Neuzerns Vertrauen entgegengebracht habe. Redner empfiehlt schließlich auf das wärmste die Bewilligung der Präsenzstand-Erhöhung.

Demel hielt die Argumente des Vorredners für nicht stichhaltig. Die im Wehrgezege in Aussicht genommene dreijährige Präsenz-Dienstzeit involvierte nicht das Recht der Kriegsverwaltung, den Moment zu bestimmen, in welchem die Ausführung derselben zulässig erscheint; die Zustimmung des Finanzministers könne für das Bewilligungsrecht der Delegation nicht maßgebend sein; dem Minister des Neuzerns sei eben wegen seiner Erklärungen über die friedlichen Beziehungen Österreichs zu dessen Nachbarn Vertrauen entgegengebracht worden, so daß also dem Kriegsbudget Ersparungen möglich sind.

Gablenz wendete sich in Vertheidigung seines Antrages gegen die früheren Redner und betont, daß sein im Ausschusse gestellter Antrag auf Vorladung des österreichischen Finanzministers nicht angenommen wurde.

Der Antrag Pascotini's auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

Breitels wiederholte, daß bei Bewilligung des erhöhten Präsenzstandes nur die Frage entscheidend sei, ob die Mittel hiefür Jahr für Jahr ohne Deficit aus den regelmäßigen Einnahmen gedeckt werden können.

Über Vorschlag des Präsidenten wurde die Sitzung geschlossen.

Die Option in Elsaß-Lothringen.

Das Thema der Nationalitätenwahl in Elsaß-Lothringen wird von der öffentlichen Presse in den verschiedensten Formen variiert.

Feuilleton.

In eiserner Faust.

Ein Roman aus der neuesten Zeit
von J. Steinmann.

XI. Kapitel.

Verlorene.
(Fortsetzung.)

Eine lange, hagere weibliche Gestalt öffnete schweigend eine rechts von dem Haupteingange gelegene Thür, durch welche der Pastor eintrat.

"Guten Abend, Herr Pastor," rief ihm eine heisere Stimme entgegen. "Das mag ich leiden, wenn man präzise kommt. Ja, ja, so geht es nun einmal, die Liebe läuft mit den jungen Männern davon, das ist's eben."

Pastor Schröder fühlte sich durch das Epitheton "jung" sehr angenehm berührt.

"Liebe Graumann," sagte er salbungsvoll, "der Herr ist mit den Gerechten und läßt sie keine Not leiden."

"Ja, das weiß Gott, die Gerechten haben nichts auszustehen. Früher, als ich noch nicht in der Gemeinschaft der Frommen aufgenommen war, hatte ich alle Augenblicke mit der Polizei zu thun und mußte manchen blauen Thaler zahlen, aber jetzt habe ich Gott sei Dank Ruhe!"

Das Weib lächelte stillvergnügt vor sich hin.

Wer die Graumann damals auf dem Bahnhofe

Beachtenswerth ist, wie sich das englische Blatt "Saturday Review" äußert:

"Unsere Sympathie für die Opfer darf uns nicht gegen die harten Thatsachen und die praktischen Notwendigkeiten des Falles blind machen. Die 'Option' ist eine natürliche und unvermeidliche Folge der Annexion von Elsaß-Lothringen mit Deutschland, und die Annexion ist, wie die Deutschen behaupten, denselben aufgedrängt worden durch den Gebrauch, den die Franzosen beständig und systematisch von diesem Boden machten, um sie anzugreifen. Ob die Deutschen weise handelten, indem sie auf diese Annexion bestanden, darüber sind die Meinungen verschieden, aber es ist wenigstens gewiß, daß die Frage eine solche ist, über welche Deutsche allein zu urtheilen berechtigt sind. Die Franzosen gingen aus, um zu scheren, und kamen geschoren zurück. Sie gingen in den Krieg und zogen den Krieg, und sie müssen erwarten, die Folgen außerordentlich unangenehm zu finden. Jahre um Jahre schrien sie nach dem Rhein, und sie haben kein Recht, sich zu beklagen, daß die Deutschen mit der Erinnerung an frühere Invasionen, um ihre Besitznisse zu beschwichten, beschlossen, sich in jeder möglichen Weise zu schützen... Es ist vielleicht nicht erstaunlich, daß pariser Journalisten darin keine Bequemlichkeit erblicken, daß deutsches Gebiet von einer ungeheuren Anzahl Franzosen, wartend auf die erste Gelegenheit, um in Revolution sich zu erheben, und mit einer Invasion ihrer Landsleute zu cooperieren, bevölkert ist; aber man mag es den Deutschen verzeihen, wenn sie die Sache von einem anderen Gesichtspunkte aus ansehen. Es würde Wahnsinn ihrerseits gewesen sein, die Provinzen zu nehmen, falls sie nicht beabsichtigten, dieselben zu behalten, und um sie zu behalten, ist es notwendig, deren Besitz zu sichern. In Frankreich macht man kein Geheimnis daraus, die verlorenen Provinzen bei der frühesten möglichen Gelegenheit wieder zu erobern. Es schinkt, daß die Deutschen nicht allein in legitimer Selbstverteidigung, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens handeln, indem sie alles thun, was sie können, um dieses Unternehmen so hoffnungslos als möglich zu machen."

Die "Elsässische Correspondenz" meldet, daß bei den Behörden Elsaß-Lothringens insgesamt 164.633 Options-Erläuterungen für die französische Nationalität erfolgt sind. Nach ungefährer Schätzung sind hiervon etwa 38.800 durch Auswanderung wirksam geworden. Außerdem wanderten von den bis zum 2. März 1871 in Elsaß und Lothringen ansässigen Franzosen ungefähr 12.000 aus. In Ober-Elsaß haben 92.662, im Unter-Elsaß 42.394 für Frankreich optiert; dagegen sind in Ober-Elsaß nur 10.200, in Unter-Elsaß nur 7450 ausgewandert. Die Gesamtziffer aller wirklich Ausgewanderten konnte noch nicht definitiv festgestellt werden. Die Behörden sind noch mit den desfallsigen Ermittlungen beschäftigt. Anzeichen sprechen dafür, daß viele bereits den Wunsch nach Rückkehr hegen, es wird dem nichts entgegenstehen, wenn sie deutsche Staatsbürger werden und alle Verpflichtungen als solche übernehmen.

Zur Verwendung fremder Gelder.

"In der kommenden Landtagssession" — so erzählt der Correspondent eines süddeutschen Blattes — "wird man nicht umhin können, die Frage, was mit den Zinsen des sequestrierten Vermögens des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen geschieht, wieder aufzuwerfen. Bereits 1869 bemerkte Lasker,

geschehen hätte, als Georg nach Düsseldorf reiste, würde wir noch Mittel, sie zu zwingen, im Notfall macht der Beamte Korn ihr den Standpunkt klar."

Der Herr Pastor schien nicht sehr von den Reden der Alten erbaut. Nach einer längeren Pause sagte er: "Ich will zu ihr. Halten Sie eine Flasche Chambagner bereit, denn der Wein erheitert das Herz des Betrübten und lindert seine Schmerzen."

"Schon recht, Hochwürden," erwiderte die Alte, "das kleine Glas ist für das Mädchen, es sind ein paar Beruhigungstropfen darin," fügte sie mit teuflischem Lachen hinzu.

"Ich will es merken," sagte der Herr Pastor und wollte gehen.

"Halt!" rief die Alte. "Erst wird gezahlt."

"Ach so," sagte Schröder. "Mein Gedächtnis verließ mich."

"Das ist ein schlimmer Fehler!"

"Wie viel ist nur noch ausgemacht?"

"Das werden Sie selber noch wissen."

"Wenn ich nicht irre, achtzig Thaler."

"Warum nicht gar. Die hundert müssen voll sein."

"O bewahre!"

"Es geht nicht anders. Die Hälfte bekommt der

Beamte Korn und ich allein habe über fünfzig Thaler Unterkosten, blos um die Kleine hierher zu bekommen. Nein, ablassen kann ich nichts. Wenn Sie es nicht wären, Herr Pastor, und wenn wir uns nicht von Ihren Trostreden einen günstigen Erfolg versprechen, ich würde andere Preise setzen. Aber das Mädchen ist nun einmal verrückt. Das thut uns großen Schaden."

Mit Widerstreben zahlte Schröder die hundert Thaler.

dass die bezüglichen Gesetze zwar wohl die Statistierung, nicht aber die Rechnungslegung an den Landtag ausschließen. Damals beruhigte man sich bei der Erklärung der Regierung, daß die auf jene Zinsen angewiesenen Ausgaben für "Maßregeln zur Überwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg" einen Betrag erreichten, welcher es nicht zur Ansammlung von Beständen kommen lässe. Inzwischen ist die Welfen-Legion aufgelöst worden. Es ist seitdem mehrfach der Verdacht ausgesprochen worden, daß die Gelder zur Gründung von altherand vom Pressebureau reüssierenden Blättern verwendet werden, und daß man unter dem Titel des Kampfes gegen welfische Umtriebe sich bestrebt, die unabhängige Presse überhaupt allmälig ganz sachte entweder auszukaufen oder durch finanziell überlegene Concurrenzblätter totzumachen."

Über die Vorgänge in Montenegro

erhält der "U. Lloyd" folgenden Bericht: "Der Militärcorrespondent vom bosnischen Vilajet erhielt den Befehl, einen Grenzordon, alias Blockhaus bei Lipova, hart an der montenegrinischen Grenze, zu bauen. Die Pforte denkt, sie müsse sich mehr auf ihre Stärke, als auf des Fürsten Milica Friedensliebe oder Loyalität stützen. Die Türken begannen gleich die Arbeit und bauten sorglos fort. In Cettinje vernahm man aber davon mit Schmerz und Ingrimm, denn erstens ist für Montenegro jedes Wachthaus des türkischen Gouvernements eine Beste mehr, zweitens glaubten der Fürst und Senat, daß jener Punkt, auf dem das Wachthaus errichtet werden soll, noch montenegrinisches Territorium sei. Ohne sich lange zu besinnen, ließ der Fürst eine ansehnliche Militärmacht ausspielen und befahl ihr, die Truppe, welche mit der Arbeit beschäftigt ist, anzugreifen und dieselbe zu verjagen. Das Wachthaus war fast fertig und die Osmanen antworteten mit kräftigem Artilleriefeuer. Der Kampf dauerte ein paar Stunden. Durch Intervention des Großvizeziers ist ein Waffenstillstand abgeschlossen worden und eine gemischte Commission wird die Ansprüche Montenegro's an Ort und Stelle prüfen. Dieses ist Hauptursache der Kämpfe sowohl bei Lipova, wie beim nahen Kolaschin. Die Lage ist viel ernster, als man zuerst annahm, indem Montenegro sehr kriegerisch gesinnt ist."

Politische Übersicht.

Laibach, 11. Oktober.

In der am 10. d. stattgefundenen Abhandlung des Heeresausschusses der ungarischen Delegation wurden die Titel des außerordentlichen Erfordernisses verhandelt: Titel III: "Monturen und Rüstungen", wurde von 267.000 fl. auf 91.500 fl. herabgesetzt; für die Mehrausgabe von 60.000 fl. infolge von Elementareignissen wurde die Indemnität erhöht.

Beide Häuser des preußischen Landtages beginnen ihre Arbeiten am 22. Oktober. Im Abgeordnetenhaus steht eine lange Reihe von Petitionsberichten auf der Tagesordnung. Im Herrenhause soll sofort die Verathung der Kreisordnung ihren Anfang nehmen. Wie verlautet, will die Centrumsfraction des Abgeordnetenhauses die Regierung wegen der gegen den Bischof von Ermland verhängten Temporalienstrafe interpellieren. Bischof Klemenz soll deshalb seinen ursprünglichen Plan, auf dem Rechtswege gegen die Regierung vorzugehen und eine Civilklage gegen sie anzunehmen, wieder aufgegeben haben.

geschehen hätte, als Georg nach Düsseldorf reiste, würde wir noch Mittel, sie zu zwingen, im Notfall macht der Beamte Korn ihr den Standpunkt klar."

Der Herr Pastor schien nicht sehr von den Reden der Alten erbaut. Nach einer längeren Pause sagte er: "Ich will zu ihr. Halten Sie eine Flasche Chambagner bereit, denn der Wein erheitert das Herz des Betrübten und lindert seine Schmerzen."

"Schon recht, Hochwürden," erwiderte die Alte, "das kleine Glas ist für das Mädchen, es sind ein paar Beruhigungstropfen darin," fügte sie mit teuflischem Lachen hinzu.

"Ich will es merken," sagte der Herr Pastor und wollte gehen.

"Halt!" rief die Alte. "Erst wird gezahlt."

"Ach so," sagte Schröder. "Mein Gedächtnis verließ mich."

"Das ist ein schlimmer Fehler!"

"Wie viel ist nur noch ausgemacht?"

"Das werden Sie selber noch wissen."

"Wenn ich nicht irre, achtzig Thaler."

"Warum nicht gar. Die hundert müssen voll sein."

"O bewahre!"

"Es geht nicht anders. Die Hälfte bekommt der

Beamte Korn und ich allein habe über fünfzig Thaler Unterkosten, blos um die Kleine hierher zu bekommen. Nein, ablassen kann ich nichts. Wenn Sie es nicht wären, Herr Pastor, und wenn wir uns nicht von Ihren Trostreden einen günstigen Erfolg versprechen, ich würde andere Preise setzen. Aber das Mädchen ist nun einmal verrückt. Das thut uns großen Schaden."

Mit Widerstreben zahlte Schröder die hundert Thaler.

Der „Niederrh. Cour.“ schreibt: „Die Differenzen zwischen der deutschen und französischen Regierung in Bezug auf die Option der in Elsaß-Lothringen niedergelassenen Franzosen und in Bezug auf die Minderjährigen sind noch nicht alle gelöst und könnten später noch zu Schwierigkeiten Anlaß geben. Die deutsche Regierung hat den frankfurter Vertrag dahin erklärt, daß auch die in den Reichslanden niedergelassenen Franzosen, welche keine geborenen Elsaß-Lothringen sind, sich der Option unterziehen und das Land verlassen müssen, widrigenfalls sie als Deutsche betrachtet werden. Diese Interpretation wird vom französischen Ministerium bestritten. Ebenso ist man in Bezug auf die Minderjährigen noch nicht zu einer Verständigung gelangt, und hier könnten in Zukunft ebenfalls Missigkeiten entstehen, wenn die Leute von beiden Staaten für den Militärdienst reklamiert werden sollten.“

Die Demission des französischen Gesandten in Brüssel, Ernest Picard, wurde von dem Präsidenten Thiers angenommen. Das Gericht, wonach Ozanne zum Handelsminister ernannt sei, bestätigt sich nicht. — Die „Agence Havas“ meldet: Das Gericht, daß die deutschen Behörden in Nancy emigrierende Elsaß- und Lothringen aufgehalten oder bestätigt hätten, wird dementiert; die genannten Behörden haben im Gegentheile große Mäßigung und Reserve den Emigranten gegenüber bewiesen. — Thiers präsidierte am 9. d. M. der ersten Sitzung des obersten Kriegsraths. Die Verhandlungen werden geheim gehalten. — Der „Soir“ veröffentlicht einen Artikel Kerathys, welcher eine Spaltung zwischen Thiers und der Linken voraussehen läßt und mit der Bemerkung schließt, daß die conservative Republik, um zu leben und sich zu verteidigen, ein wahres Ministerium, die Proclamation der Republik und ein Wahlgesetz brauche.

Der „Avenir National“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß das Instrument des neuen englisch-französischen Handelsvertrages vollkommen fertig und zur Unterschrift bereit ist. Die Verhandlungen mit Italien und Österreich seien viel weniger vorgerückt, und Belgien hätte den ihm vorgelegten Vertrag rückwärts mit dem Bemerk abgelehnt, daß es zunächst das Resultat der Unterhandlungen mit England abwarten wolle. — Nach einer Notiz der „Times“ habe Herr Fourrier, der französische Gesandte am italienischen Hofe, bei seiner Anwesenheit in Paris dem Präsidenten die befriedigendsten Zusicherungen geben können, die italienische Regierung sei bereit, „dem Beispiel Englands“ hinsichtlich der nötigen Veränderungen im Zollwesen zu folgen.

Der dänische Reichstag wurde bis zum 2ten Dezember vertagt. Das vorgelegte Budget weist einen Überschuß von 768.000 Reichsthalern in den Einnahmen auf.

In Constantinopel ist das Gericht verbreitet, der Contract mit der Tabak-Regie werde aufgelöst werden. Letztere beschlägt sich über Schmuggel, der von Soldaten getrieben werde.

Tagesneuigkeiten.

— Ihre Majestät die Kaiserin wird, wie der „P. Lloyd“ erfährt, mit den Prinzessinnen Gisela und Valerie am 15. d. in Dienst eintreffen und dann etwa zwei Monate lang dort verweilen. — Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Albrecht wurde am 10ten

„So,“ sagte die Alte. „Nun noch vier Thaler für den Champagner und zwei Thaler Trinkgeld an die Aufwärterin.“

„Gott soll mich bewahren, das ist ja Prellerei,“ schrie Schröder entrüstet.

„Bester Pastor,“ lachte die Alte. „Was kommt es auf die sechs Thaler an? Nur heraus damit und dann „Gute Nacht!“

Ehren-Schröder fügte sich auch diesem Wunsche des alten Weibes, weil er einsah, daß er mußte. Dann nahm die Alte ein Licht und schritt voran in den zweiten Stock. Sie öffnete eine Thür und ließ den Pastor eintreten.

Sie zündete die Glasslampe an und nahm der Aufwärterin, welche gefolgt war, die Champagnerflasche ab.

„Hier dies kleinere Glas merken Sie sich wohl“, flüsterte sie und fügte dann lachend hinzu: „Sie wird fügsamer.“

Dann schloß sie eine Thür auf, die in ein Nebenzimmer führte, und sagte:

„Da drinnen ist sie.“

Mit diesen Worten entfernte sie sich und schloß die erste Thür, durch welche sie eingetreten waren, von außen wieder zu.

„Sicher ist sicher“, murmelte sie, „das Mädchen könne fliehen wollen, und das stimmt nicht mit der Berechnung.“

Unten in ihrem Zimmer setzte sie sich zu ihrem süßen spanischen Wein und ihrem Confect.

„Sie rieb sich von Zeit zu Zeit schadenfroh die Hände und aus ihren Eulenaugen blitzte ein unheimliches, teuflisches Leuchten.“

(Fortsetzung folgt.)

b. M. in Pola erwartet. — Am 9. d. vormittags um 11 Uhr fand in Stockholm das Leichenbegängnis des Königs von Schweden und Norwegen unter allgemeinster Theilnahme der tiefergriffen Bevölkerung statt. Der Leiche folgten die Mitglieder des königl. Hauses und die Fürsten von Waldeck und Wied. Der Beisezung der Leiche in der Ritterholmskirche wohnten die Specialgesandten der ausländischen Höfe und das diplomatische Corps bei. Der Leichenwagen wurde auf dem Wege mit Blumen und Kränzen überschüttet.

— (Der Divisionär Herr F. M. Baron Kriß) ist am 9. d. M. in Karlstadt an Dysenterie gestorben.

— (Ein decorierter Student.) Am 7. d. M. fand Iglo im Sitzungssaale des Rathauses die Decorierung des 14jährigen Alois Grazer mit dem ihm von Sr. Majestät des Kaiser verliehenen silbernen Verdienstkreuze statt. Grazer hatte einem dem Ertrinken nahen Soldaten das Leben gerettet.

— (Neues Bahnhof project.) Wie wiener Blätter melden, hat die Regierung das Project für die schmalspurige Locomotivbahn Klagenfurt-Böllermarkt-Madlersburg mit der Zweigbahn in das Lavantthal der kärntner Handelskammer zur Begutachtung überwiesen.

— (Großer Brand.) In der Nacht vom 4ten auf den 5. Oktober abends gegen 8 Uhr brach im südlichen Theile des Marktes Eisenkappel in Kärnten Feuer aus. Dreißig Häuser sind gänzlich abgebrannt.

— (Weinernte in Steiermark.) Man schreibt der „N. F. P.“ aus einer sonst guten Weinregion dieses Landes: Die Ernte in den Weinbergen hat zum Theile schon begonnen, zum Theile steht sie in den nächsten Tagen bevor. Wie vorauszusehen war, ist das Ergebnis derselben im allgemeinen kein sehr günstiges, und es haben die Besitzer nahezu über die anzuhoffende Quantität viel zu klagen; die häufigen Hagelschauer im Früh Sommer und die „Seng,“ welche viele Weinberge verheerte, haben das verschuldet. Die Weinpreise gehen infolge dessen ungemein in die Höhe.

— (Verkauf der Grenzwaldungen.) Nach zwanzigjährigen Verhandlungen wurde der Vertrag wegen der Grenzwaldungen von Vertretern der ungarischen Bodencredit-Anstalt, Anglo-Hungarian, Franco-Hungarian-Bank und Bernh. Pollak jun. unterzeichnet, die Caution mit 3,300.000 fl. — und die erste Rate mit 2,775.000 fl. — in Silber erlegt.

— (Räuberbanden.) In der Militärgrenze zeigten sich in den letzten Tagen mehrere Räuberbanden und beunruhigten dort die Ortschaften.

— (Ausgewiesene Ausländer.) Im Monate September wurden 34 Individuen theils nach verbüßter Kerkerstrafe, theils aus polizeilichen Rücksichten aus Österreich ausgewiesen.

— (Blutiger Excess in Constantinopel.) Am 9. d. fand in Stambul zwischen mehreren Türken und Persern ein ernstlicher Conflict statt. Nachdem die Polizei zurückgedrängt wurde, schritt eine Compagnie Soldaten ein. Dieselbe griff die Perser an, welche Widerstand leisteten. 3 Perser wurden getötet, 30 verwundet, mehrere gefangen. Von den Soldaten wurden 10 Mann verwundet. Die persische Colonie ist in größter Aufregung.

Locales.

Auszug

aus dem Protokolle über die

ordentliche Sitzung des k. k. Landes-Schulrathes für Kra in in Laibach, abgehalten am 19. September 1872 unter dem Vorsitz des k. k. Landespräsidenten Alexander Grafen Auersperg in Anwesenheit von 6 Mitgliedern.

I. Nach Vorlesung der seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftstücke durch den Schriftführer erwähnt der Vorsitzende die auch schon in öffentlichen Blättern zur Bemerkung gelangte Inspection des an der h. o. Lehrer-Bildungsanstalt abgehaltenen Fortbildungscurses für Lehrer durch zwei Landesschulrath-Mitglieder. Er müsse auf den § 40 des Schulaufsichts-Gesetzes aufmerksam machen, der ausdrücklich bestimmt, daß zunächst nur die Landes-Schulinspectoren berufen sind, die Inspektionen vorzunehmen, und daß die ausnahmsweise Abordnung anderer Mitglieder des Landes-Schulrathes zur Ausübung von Funktionen dieser Art dem Landeschef vorbehalten ist.

Indem er constatiere, daß die gedachten Herren sich weder vorher diesfalls bei ihm gemeldet haben, noch von ihm abgeordnet worden, und sonach eigenmächtig als Abgeordnete des Landes-Schulrathes aufgetreten sind, müsse er unter Verwahrung gegen derlei Eingriffe in das ihm als Landeschef zustehende Recht dieselben ersuchen, sich in dieser Richtung immer die Bestimmung des § 40 des Schulaufsichts-Gesetzes gegenwärtig zu halten.

Dr. Bleiweis erbittet das Wort zu einer Ausklärung. Er habe selbst den Gegenstand zur Sprache bringen wollen, indem im „Tagblatt“ nicht nur seine und des Directors Praprokurist Person, sondern auch der ganze Landes-Schulrat so gemein angegriffen wurde, daß er den Fall zur Entscheidung bringen wollte.

Redner verliest den bezüglichen Artikel des „Tagblatt“ und fährt fort: Er erlaube sich, den Herrn Vorsitzenden und die Mitglieder auf die Anfrage zu erinnern, welche er in der vorliegenden Landes-Schulrath-Sitzung an den Landes-Schulinspector Dr. Jarz gestellt habe, ob die Landes-

Schulrath-Mitglieder zum Fortbildungscurse zu hören gehen können. Der Landes-Schulinspector habe gesagt: „Gar kein Anstand, die Prüfungen sind öffentlich,“ — und es sei gegen diese Antwort von niemandem eine Einwendung gemacht worden; er habe sonach geglaubt, daß Recht zu haben, als Zuhörer dazu zu gehen. Er und Praprokurist seien auch einfach als Zuhörer hineingegangen und haben sich nach Begrüßung des Professors in die letzten Bänke gesetzt, ohne sich als Inspectoren zu gerieren, und er müsse entschieden in Abrede stellen, daß sie als solche erschienen wären. Ihm sei vorzüglich darum zu thun gewesen, zu hören, was die Lehrer von der Landwirtschaft wissen, weil er vom Centralausschusse der Landwirtschafts-Gesellschaft die Erlaubnis erwirkt hatte, ihnen am Versuchshofe die Maschinen und Geräthe zu zeigen, was dann auch geschehen, und denselben in Gegenwart des Lehrers Tomšić, Professors Lesjak und des Präsidenten der Landwirtschafts-Gesellschaft von ihm und Herrn Stale die gedachten Gegenstände erklärt worden sind. — Demnach erscheute er:

1. Den Herrn Vorsitzenden und den Landes-Schulrat, zu constatieren, daß er in der Landesschulrath-Sitzung den Herrn Landes-Schulinspector gefragt habe, ob es den Landes-Schulräthen gestattet ist, in den Fortbildungscurs der Lehrer zu hören zu gehen; darauf die Antwort erhalten habe, „gar kein Anstand,“ und daß von niemandem dogegen eine Einwendung erhoben wurde.

2. Müsse er bemerken, daß niemand als Inspector erschienen und sich niemand als solcher geriert hat und er und Praprokurist vielmehr mit Zustimmung des Landes-Schulrathes als Zuhörer zum Fortbildungscurs gegangen seien.

3. Frage er, ob der Landes-Schulrat den Ausschlag des „Tagblatt“ auf seine Wirksamkeit so ruhig hinnimmt, und was er auf den Angriff gegen die Ehre seiner Person und des Herrn Praprokurist thun wird. Der Vorsitzende bemerkt, er erinnere sich auf die in einer früheren Sitzung an den Landes-Schulinspector gerichtete Anfrage und die Antwort. Er habe diese nebensächliche und an eine incompetenten Adresse gestellte Anfrage damals einer weiteren Erledigung nicht bedürftig erachtet und müsse wiederholte bemerken, daß der § 40 des Schulaufsichts-Gesetzes dem Landeschef ein persönliches Recht einräumt, welches weder einem Landesschulrath-Mitgliede noch auch dem Landes-Schulrath zusteht. Was die Absicht des Herrn Dr. Bleiweis, sich von dem landwirtschaftlichen Wissen der Lehrer zu überzeugen und ihnen die Besichtigung der landwirtschaftlichen Geräthe und Maschinen zugänglich und lehrreich zu machen, anbelangt, erkenne er den dabei verfolgten löslichen Zweck an und hätte auf einen vorher ausgesprochenen Wunsch keinen Anstand genommen, seine Zustimmung einem mit dem obigen Zweck im Zusammenhange stehenden Besuch des Fortbildungscurses zu ertheilen. Was den von Dr. Bleiweis zur Sprache gebrachten dritten Punkt anbetrifft, wurde bemerkt: es werde durch den Eingangspassus des vorgelesenen Artikels des „Tagblattes“ der Landes-Schulrat in der That auf eine ungerechtfertigte Weise in der Realität seines Wirkens angegriffen. Gegen solche Angriffe stehen dem Landes-Schulrath zweierlei Wege offen. Der eine Weg ist der einer offiziellen Berichtigung, — der andere, insofern im betreffenden Artikel die Merkmale einer Ehrenbeleidigung enthalten sind, der des Ehrenbeleidigungs-Prozesses. Belangt die Thätigkeit des Landes-Schulrathes, so werden über die hauptsächlichsten Momente desselben die Sitzungsberichte vorschriftsmäßig und regelmäßig in der Amtszeitung veröffentlicht, und wird dadurch der öffentlichen Meinung die Gelegenheit geboten, über die Gezelichkeit und die Erfolge seiner Amtshandlungen zu urtheilen. Der erwähnte Ausschlag stützt sich jedoch auf eine einzige Thatsache, wodurch derselbe sich vor den Augen eines besonnenen und unparteiischen Lesers irgend rechtfertigen ließe. Aus Anlaß eines ähnlichen, die Thätigkeit des Landes-Schulrathes auch nur ganz allgemein, ohne nähere Begründung kritisierenden Artikels hat der Landes-Schulrat überdies seinerzeit ein übersichtliches Bild seiner Thätigkeit in der Amtszeitung speziell veröffentlicht und hat damit seiner Stellung so wie dem Bewußtsein seiner gewissenhaft Pflichterfüllung sicherlich am besten entsprochen. — Be treffend das Mittel eines Ehrenbeleidigungs-Prozesses, so wäre hiervon wohl ganz abzusehen, weil es, da einerseits durch die Sitzungsberichte die strenge Gesetzlichkeit und Correctheit der Amtshandlungen des Landes-Schulrathes bekannt ist, andererseits es aber zu den allgemeinen Aufgaben desselben gehört, vom Standpunkte der Vertretung der wissenschaftlichen und Cultursinteressen für die freie Bewegung der Presse wie der Wissenschaft in jeder Richtung einzutreten, seiner Aufgabe durchaus nicht entsprechen würde, im Prozeßwege das Ansehen seiner Stellung zu wahren. Der mehrwähnige Passus verdient übrigens schon wegen Mangel irgend welches tatsächlichen Momentes keine nähere Würdigung.

Schließlich wurde die Aufnahme dieser Auseinandersetzung in den zu veröffentlichten Auszug des Sitzungsprotokolles beschlossen.

(Schluß folgt.)

— (Im Casino-Glassalon) findet heute abends das erste Concert der Theatermusik-Capelle statt. Das Theaterorchester zählt heuer eminenten Kräfte; das Programm signalisiert dem Vernehmen nach interessante Stücke; wir können demnach einen recht angenehmen Abend

